

Gesetzentwurf

der Abgeordneten **Glück, Dr. Fickler, Dr. Kempfler, Prof. Männle, Pongratz, Schmid Berta** und **Fraktion CSU**

zur Änderung des Bestattungsgesetzes

A) Problem

Nach bisheriger Rechtslage unterfallen in Bayern weder die totgeborene oder während der Geburt verstorbene Leibesfrucht mit Gewicht unter 500 g (Fehlgeburt), noch Embryonen und Feten aus Schwangerschaftsabbrüchen der Bestattungspflicht. Fehlgeburten können bestattet werden. Für Embryonen und Feten aus Schwangerschaftsabbrüchen sowie Fehlgeburten, für die keine Bestattung gewünscht wird, ist eine Beseitigungspflicht entsprechend der Regelung für Körper- und Leichenteile (Art. 6 Abs. 3 BestG) angeordnet. Für eine solche Beseitigung ist lediglich gefordert, dass sie „unverzüglich in schicklicher und gesundheitlich unbedenklicher Weise“ erfolgt.

Diese gesetzliche Anordnung wird dem Umstand nicht gerecht, dass bereits menschliches Leben vorliegt, dem Menschenwürde und Lebensschutz zukommen. Dies hat das Bundesverfassungsgericht spätestens für den Zeitpunkt der Nidation festgestellt (BVerfGE 39, 1, 37; BVerfGE 88, 203, 252). Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (z.B. BVerfGE 30, 173, 194) wirkt die Würde des Menschen auch über den Tod hinaus.

Unter Berufung auf die Verfassungslage setzen sich eine zunehmende Zahl von Privatinitiativen, aber auch die katholische wie die evangelische Kirche in Bayern für eine Änderung des Bestattungsgesetzes ein. Sie berufen sich auch darauf, dass dies dem Bedürfnis einer steigenden Zahl von Eltern entgegenkommt: Immer häufiger bedauern Eltern, die sich zunächst gegen die Bestattung einer Fehlgeburt entschieden haben, keinen Ort zu haben, an dem sie Abschied nehmen können.

B) Lösung

Durch die Gesetzesänderung wird auch in Fällen von Schwangerschaftsabbrüchen die Möglichkeit einer Bestattung eingeräumt. Für den Fall, dass sowohl bei Fehlgeburten wie bei Embryonen und Feten aus Schwangerschaftsabbrüchen von der Möglichkeit einer Bestattung kein Gebrauch gemacht wird, wird neu die Verpflichtung eingeführt, Embryonen und Feten unter bestimmten im Gesetz genannten Voraussetzungen auf einem Gräberfeld zur Ruhe zu betten.

C) Alternativen

Was die Möglichkeit einer Bestattung von Embryonen bzw. Feten aus Schwangerschaftsabbrüchen und die subsidiäre Verpflichtung zu einer Beisetzung auf einem Grabfeld anlangt, gibt es keine Alternativen.

Was den Adressaten dieser Verpflichtung angeht, sind grundsätzlich mehrere Möglichkeiten denkbar. Hier den Inhaber des Gewahrsams, d.h. im Regelfall Krankenhäuser, in die Pflicht zu nehmen, entspricht zum einen der bisherigen Regelung in Art. 6 Abs. 3 BestG und ist zum anderen die vorzugswürdigste Lösung.

D) Kosten

Die Kosten einer Beisetzung lassen sich nicht exakt ermitteln. Nach Auskünften von verschiedenen Seiten (u.a. dem Katholischen Büro in Bayern sowie dem Bayerischen Städtetag) liegen die Kosten einer Einzelbeisetzung von nicht bestattungspflichtigen Embryonen/Feten bei etwa 100 €. Bei Sammelbestattungen gibt es unterschiedliche Angaben. Diese reichen von einem Betrag in Höhe von etwa 50 € im Einzelfall bis zu einer Größenordnung von 80 bis 100 € (laut einer Umfrage des Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst unter Universitätskliniken in Bayern). Für den Bereich der Universitätskliniken wird durch die Bestattungspflicht mit einer jährlichen Belastung in einer Größenordnung zwischen 68.000 und 83.000 € gerechnet. Die jährliche Belastung des Staatshaushalts durch die Einführung einer Bestattungspflicht dürfte jedoch geringer ausfallen. Denn zum einen obliegt den Universitätskliniken bereits nach bisheriger Rechtslage die Pflicht zu einer unverzüglichen Beseitigung „in schicklicher und gesundheitlich unbedenklicher Weise“, die mit Kosten verbunden ist. Zum zweiten sorgen die Universitätskliniken bereits jetzt freiwillig für eine Beisetzung, wie sie durch die Gesetzesänderung vorgeschrieben wird.

Soweit sich Krankenhäuser in kommunaler Trägerschaft befinden, können letztlich auch auf die Kommunen zusätzliche Kosten zukommen. Auch hier lassen sich diese nicht exakt ermitteln. Sie werden sich jedoch ebenfalls in einer geringen Größenordnung bewegen. Denn auch für diese Krankenhäuser gilt bislang schon die Pflicht zur unverzüglichen Beseitigung in „schicklicher und gesundheitlich unbedenklicher Weise“. Zudem haben sich viele Krankenhäuser in Bayern bereits jetzt auf eigene Kosten um eine Beisetzung gekümmert, wie sie durch die Gesetzesänderung vorgeschrieben wird.

Gesetzentwurf

zur Änderung des Bestattungsgesetzes

§ 1

Art. 6 des Bestattungsgesetzes – BestG – (BayRS 2127-1-G), zuletzt geändert durch § 5 des Gesetzes vom 26. Juli 1997 (GVBl S. 323), wird wie folgt geändert:

- 1. Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²Eine totgeborene oder während der Geburt verstorbene Leibesfrucht mit einem Gewicht unter 500 Gramm (Fehlgeburt) kann bestattet werden.“
 - b) Es werden folgende Sätze 3 und 4 angefügt:

„³Sofern Fehlgeburten nicht nach Abs. 1 Satz 2 bestattet werden, müssen sie, soweit und solange sie nicht für medizinische oder wissenschaftliche Zwecke benötigt werden oder als Beweismittel von Bedeutung sind, durch den Verfügungsberechtigten oder, wenn dies nicht möglich oder zumutbar ist, durch den Inhaber des Gewahrsams unter geeigneten Bedingungen gesammelt und in bestimmten zeitlichen Abständen auf einem Grabfeld zur Ruhe gebettet werden. ⁴Fehlgeburten können auch hygienisch einwandfrei und dem sittlichen Empfinden entsprechend eingäschert und dann auf einem Grabfeld zur Ruhe gebettet werden.“
- 2. Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Für aus Schwangerschaftsabbrüchen stammende Feten und Embryonen finden Absatz 1 Sätze 2 bis 4 entsprechende Anwendung.“

§ 2

Dieses Gesetz tritt am in Kraft.

Begründung:

I. Allgemeines

Durch den Gesetzentwurf wird dem Umstand Rechnung getragen, dass nach dem Grundgesetz bereits Embryonen und Feten menschliches Leben sind, dem Menschenwürde zukommt, und dass die Menschenwürde über den Tod hinauswirkt. Deshalb wird auch bei Schwangerschaftsabbrüchen die Möglichkeit einer Bestattung eingeräumt. Zudem wird es Eltern ermöglicht, später auch dann einen Ort der Trauer und des Abschieds zu haben, wenn sie sich zunächst nicht für eine Beisetzung entscheiden.

Hinsichtlich der subsidiären Verpflichtung, Embryonen und Feten auf Grabfeldern zur Ruhe zu betten, orientiert sich die Bestimmung der Pflichtigen an der bisherigen Regelung des Art. 6 Abs. 3 BestG. Hier waren zunächst die Eltern einer Fehlgeburt bzw. von Embryonen/Feten (als „Verfügungsberechtigte“) zur „Beseitigung“ verpflichtet. Für den Fall, dass die Verfügungsberechtigten „nicht feststellbar oder verhindert“ waren, musste die Beseitigung „durch den Inhaber des Gewahrsams“ erfolgen. Dies waren bei Fehlgeburten in der Regel die Krankenhäuser, in deren Pathologie sich die Embryonen und Feten nach der erforderlichen Untersuchung befanden. In der Praxis erfolgte die „Beseitigung“ dann bislang regelmäßig durch die Krankenhäuser, die hierfür den „Verfügungsberechtigten“ auch keine Kosten in Rechnung stellten. Bei Schwangerschaftsabbrüchen sind in der Regel niedergelassene Ärzte Inhaber des Gewahrsams, da sie in Bayern in der weit überwiegenden Zahl der Fälle den Schwangerschaftsabbruch vornehmen.

Die Neuregelung des Art. 6 Abs. 1 Satz 3 Bestattungsgesetz bestimmt als Verpflichtete in erster Linie ebenfalls die Eltern als „Verfügungsberechtigte“. Damit wird an ihre grundsätzliche Verantwortung für das Leben der Embryonen und Feten erinnert. Dies ist trotz der belastenden Situation auch deshalb nicht unbillig, weil Eltern von Totgeburten bereits ausnahmslos zu einer Bestattung verpflichtet sind.

Allerdings besteht diese Verpflichtung nur, soweit sie den Eltern „möglich“ oder „zumutbar“ ist. Falls dies nicht der Fall ist, sind regelmäßig die Krankenhäuser als Inhaber des tatsächlichen Gewahrsams verpflichtet. Tritt die Fehlgeburt in einem Bereich ein, in dem lediglich die Eltern den Gewahrsam haben (z.B. zu Hause), entfällt die Verpflichtung aus Gründen der Zumutbarkeit. Diese Regelung erscheint aus mehreren Gründen vertretbar:

Die Krankenhäuser tragen bislang schon die Verpflichtung der „Beseitigung“ von Embryonen und Feten nach Art. 6 Abs. 1 Satz 2, 2. Halbsatz, Absatz 2 i.V.m. Absatz 3 BestG.

In vielen bayerischen Städten übernehmen die Krankenhäuser zudem jetzt schon die Kosten einer Beisetzung in einem Grabfeld, wie sie die Gesetzesänderung zur Verpflichtung macht. Vielerorts existiert eine Zusammenarbeit mit Friedhofsträgern. Dies entspricht einer Empfehlung der Deutsche Krankenhausgesellschaft vom 07.09.1999, in der gefordert wird, dass „sämtliche Föten von Tot- und Fehlgeburten ... zukünftig ... ein würdiges Begräbnis erhalten, unabhängig davon, ob die Eltern diesen Wunsch ausdrücklich äußern. Diese Föten, bei denen die Eltern keine individuelle Bestattung wünschen, sollten in den Pathologien der betreffenden Kliniken unter geeigneten Bedingungen gesammelt und in

bestimmten zeitlichen Abständen von einem Bestattungsunternehmen abgeholt und zu einem Krematorium gebracht werden. Dort könnten die Föten in ein gemeinsames Sargbehältnis umgebettet und im Krematorium eingäschert werden. Die Beisetzung kann auf einer anonymen Begräbnisstätte stattfinden.“

Die Krankenhäuser sind auch organisatorisch am besten in der Lage, die Pflicht der Beisetzung von Embryonen und Feten zu erfüllen.

Die anfallenden Kosten werden nach bisherigem Kenntnisstand für das einzelne Krankenhaus relativ gering sein. Da bei Fehlgeburten immer eine pathologische Untersuchung erfolgen muss und diese nur an größeren Krankenhäusern möglich ist, werden mit dieser Aufgabenzuweisung auch keine kleineren Krankenhäuser finanziell überfordert.

In anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland bestehen bereits Initiativen und Regelungen, die in der Sache dem Gesetzentwurf entsprechen:

So bestehen Selbstverpflichtungen kirchlicher Krankenhäuser, in den Fällen für eine Bestattung zu sorgen, in denen keine Bestattungspflicht besteht und Eltern ihr Bestattungsrecht nicht ausüben wollen (s. z.B. Kirchliches Amtsblatt Osnabrück Nr. 23 vom 30. November 2001, Art. 257; Richtlinien für den Umgang mit Tot- und Fehlgeburten an katholischen Krankenhäusern in Rheinland-Pfalz, 08.03.2002). Für Krankenhäuser in konfessioneller Trägerschaft besteht die Empfehlung, für Fehlgeburten, für die keine Bestattungspflicht besteht, eine Wahlgrabstätte zu erwerben (Handreichung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, 2002, unter Verweis auf eine Empfehlung des Katholischen Krankenhausverbandes Deutschland für Einrichtungen in katholischer Trägerschaft; in der „Handreichung“ findet sich auch der Hinweis, dass in der Regel auf kirchlichen Friedhöfen eine Wahlgrabstätte kostenlos zur Verfügung gestellt wird).

Im Frühjahr 2001 startete die schleswig-holsteinische Landesgruppe des Verbandes der Krankenhausdirektoren Deutschlands e.V. (VDK) eine bundesweite Aktion und sensibilisierte mit Informationsmaterial in den Krankenhäusern für das Problem. Ende 2001 hatten bereits 400 geburtshilfliche Abteilungen freiwillige Regelungen zur Beisetzung nicht bestattungspflichtiger Tot- und Fehlgeburten in Kraft gesetzt (Deutsches Ärzteblatt, 02.11.2001).

In anderen Bundesländern (z.B. Bremen, Hamburg) existieren bereits seit längerem Regelungen, die den Bestimmungen des Gesetzentwurfs im Grundsatz entsprechen.

Was die Verpflichtung von niedergelassenen Ärzten als Gewahrsamsinhaber bei Schwangerschaftsabbrüchen anlangt, so ist eine solche ebenfalls vertretbar: Auch hier besteht bislang schon eine Verpflichtung zur Beseitigung von Embryonen und Feten nach Art. 6 Abs. 2 i.V.m. Absatz 3 BestG.

Die personenstandsrechtlichen Vorschriften über die Beurkundung von Geburten, Totgeburten und Fehlgeburten bleiben unberührt. Eine Beurkundungspflicht besteht für Totgeburten über 500 Gramm. Fehlgeburten sowie Feten und Embryonen aus Schwangerschaftsabbrüchen werden nicht beurkundet.

II. Erläuterungen zu den einzelnen Vorschriften

Zu § 1 Nr. 1 a

(Art. 6 Abs. 1 Satz 2 BestG)

Wegen der Neuregelung in den Sätzen 3 und 4 entfällt der Verweis auf Absatz 3.

Zu § 1 Nr. 1 b

(Art. 6 Abs. 1 Satz 3, 4 BestG)

Für den Fall, dass von der Möglichkeit nach Art. 6 Abs. 1 Satz 2 BestG nicht Gebrauch gemacht wird, wird bestimmt, dass die Embryonen und Feten auf einem Grabfeld zur Ruhe gebettet werden. Dies kann in der Form geschehen, dass sie unter geeigneten Bedingungen gesammelt und in bestimmten zeitlichen Abständen zur Ruhe gebettet werden. Weiter besteht die Möglichkeit, die Embryonen und Feten einzuäschern und dann auf einem Grabfeld zur Ruhe zu betten. Mit diesen beiden Alternativen wird an die bereits bestehende Praxis angeknüpft. Weitere Einzelheiten werden nicht genannt, um den Beteiligten und Verpflichteten weitestgehend Freiraum zu belassen und dort, wo bislang bereits auf freiwilliger Basis viel für eine würdige Beisetzung von Embryonen und Feten getan wird, nicht mit neuen oder zusätzlichen Anforderungen dieses Engagement zu beeinträchtigen.

Zu § 1 Nr. 2

(Art. 6 Abs. 2 BestG)

Durch den Verweis auf Absatz 1 Satz 2 besteht nunmehr auch für Embryonen und Feten aus Schwangerschaftsabbrüchen die Wahlmöglichkeit einer Bestattung. Durch den Verweis auf Absatz 1 Sätze 3 und 4 wird sichergestellt, dass Embryonen und Feten auch bei Schwangerschaftsabbrüchen eine würdige Beisetzung erhalten.

Wie auch bisher bereits gilt die Bußgeldbewehrung des Art. 18 Abs. 1 Nr. 9 BestG hinsichtlich der in Art. 6 Abs. 2 BestG festgelegten Pflichten.